

hohe Kraft entfalten werden. Sie befinden sich nun inmitten dieser ersten Periode und wenn ich auch den Ernst des Augenblicks nicht in Abrede stelle, so habe ich doch volles Vertrauen in den Mut und die Tapferkeit der Soldaten unserer Bundesgenossen.

Die Beute von zehn Wochen.

Vom 21. März bis 1. Juni 1918, also in zehn Wochen, sind in den Kämpfen an der Westfront den Deutschen über 175 000 Gefangene und weit über 2000 Geschütze in die Hände gefallen. Die Zahl der Maschinengewehre, die ungezählte Tausende beträgt, und der Umfang des sonstigen unübersehbaren erbeuteten Kriegsgeräts läßt sich vorläufig auch nicht annähernd angeben.

Wertvolle Beute.

Berlin, 2. Juni. Als ein Zeichen dafür, welche Wichtigkeit in den französischen Front herangezogen war und wie über Erwartungen hinaus die Vorräte an Munition durchschüttelt wurden, müssen die gewaltigen Truppenlager sein, die der Hülfsarmee selbst und üblich unerschert hinterlegt. Erreicht es schon Erfreuliches, daß auf den Frontplätzen so viele Munition unerschert vorgefunden wurden, so ist es geradezu wunderbar, daß unter den fühlenden Franzosen niemand mehr den Entschluß über die Zeit fand, die so leicht zu vernichtenden großen Truppenlager zu zerstören. Bei Flammes ist eine riesige Vorratslager ohne die geringste Beschädigung in deutsche Hand gefaßt. Noch größer vielleicht, einem ganzen Regiment bequemer Unterkunft gewährend, ist eine wahre Metropole aus Lagerzweigen, die uns der Franzose zwischen Ober-Meuse überlassen hat. Man muß dabei der Organisationsgabe des Gegners vollste Bewunderung entgegenbringen lassen. Die Anlagen können als Musterbeispiele großer Truppenunterstützungsgelände gelten. Sie sind mit Weisheit nach einheitlichem Plan angelegt und alsbald fehlt an den Einrichtungen. Von nachrückenden Divisionen und Armeen kommen diese Soldaten Villenkolonien jetzt zugute. Bei jeder en-Tournee ist und ein reichgefügtes Munitionslager von riesigen Ausmaßen ausgefallen, mit mächtigen Wagenparks und aller Art von Wagenbespannungen. Auch ansehnliche aufgeschapelte Kohlen- und Brennholzlager, die zu vernichten der Gegner bei der oft unheimlichen Wichtigkeit seines Vorrats die Zeit nicht fand.

Wegen die Defalisten.

Sämtliche Pariser Blätter veröffentlichen eine halbamtliche Note, wonach von der Regierung und Voltaire strenge Anweisung erteilt wurde, alle Verbreiter von tendenziösen Meldungen zur Kriegslage und Anklagen von Panikern unmissverständlich zu verhaften.

25 Kilometer Warnefront.

Berlin, 2. Juni. Mit der Einnahme des Nordteils von Chateau Thierry und der Verhinderung der Rückzug ist die Warnefront bereits auf 25 Kilometer verbreitert. Der letzte Stoßteil hat sich zur zweiten Hauptlinie geföhrt.

Dunkle Tage.

Bern, 3. Juni. Unter der Überschrift 'Dunkle Tage' stellt Renaudel in der Lumanität fest, daß die französischen Presseberichte nicht vollständig der Wahrheit entsprechen. Er nimmt sodann Stellung zu der Behauptung, daß die Regierung keine Mittelungen machen würde, die zu verlangen das Parlament ein Recht habe, und sagt: daß selbst für den Fall der Wiederberufung der Tage die Regierung nicht von der Pflicht der Verantwortung der Interpellation entbunden sei. Wenn es sein müßte, werde man eben eine Behauptung abgeben. Auf jeden Fall seien die Behauptungen worden, die angeführt worden müßten. Renaudel mündet sich vor allem, daß bei allen Umständen der Verbands des Überwachungsorgans nie eine Rolle gespielt habe, während bei der jetzigen Offensive die Überwachungsorgane vollständig gelähmt sei. Er fragt, ob die Regierung in Versailles und Paris geschwächt seien, da durch sie die Entscheidung bei sich selbst entscheiden werden. Renaudel sagt immer derzeitiger werde. Das Parlament solle über alle diese Fragen Bescheid wissen, wenn sie händen mit dem Geiste und der Zukunft des Landes in unmittelbarem Zusammenhang.

Ein Luftkampf über Paris.

Paris, 2. Juni. (Agence Havas.) Der Wallon meldet: Ueber der Wannsee entspann sich heute Nacht ein heftiger Kampf gegen deutsche Geschwader. Einem einzigen Flugzeug gelang es durchzubringen. Es warf schließlich seine Bomben ab. Vier Personen wurden schwer verletzt.

Französischer Oberbereich vom 2. Juni nachmittags.

Der deutsche Druck dauerte mit großer Stärke an der Front zwischen Oise und Marne an. Die zuerst heftigen Versuche, am Nordrand des Waldes von Compiègne und Reims das Zentrum zu durchbrechen, wurden abgewehrt. Die französischen Truppen haben den Feind nördlich von diesen Orten zurückgeworfen. Man hat sich hier und da den Deutschen angeschlossen und von ihnen genommen, wurde von neuem durch die Vorräte der französischen Soldaten zurückgeworfen. Es ist behauptet, zwischen Metz und Cures bemühten sich die Deutschen der Orte Compiègne, Gouchy, Noyelles und Troches. Aber durch einen energischen Gegenangriff eroberten die französischen Truppen diese Ortschaften neuerdings zurück. An der Marne haben die Deutschen die Höhen westlich von Chateau Thierry erreicht. Die Franzosen halten den am linken Ufer gelegenen Teil der Stadt. Heftige Kämpfe fanden an der Straße Dormans-Reims statt, welche die Deutschen südlich von Elsen, Violaines und Villes en Tardenois ein wenig überschritten. An der Front von Reims keine Veränderung.

Kriegsfinanzpolitik.

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Die bürgerlichen Parteien des Reichstags sind entschlossen, die Verbrauchssteuern, die der Bundesrat beantragt hat, im wesentlichen nach den Regierungsvorschlägen zu genehmigen. Das die Ausnahmeherrschaft für das Spiritusmonopol noch aufzuweichen Hüben steht, daß man sich über den Ausbau der Umsatzsteuer noch nicht recht im Klaren ist, daß noch darüber gestritten werden wird, ob die Weinsteuern 10, 15 oder 20 Prozent betragen soll, hat für die grundsätzliche Stellung der bürgerlichen Parteien zu diesen Steuerentscheidungen wenig zu betragen. Sie sind sich einig darüber, daß auf jeden Fall die Summen, die das Reichsfinanzamt auf Grund seiner Entwürfe zufällig errechnet hat, aus den einzelnen Steuerobjekten herausgeholt werden müssen. Nicht einmal die harmlose Limonade wird verschont bleiben, denn das Alkohollieferanten, das im Reichstag einen starken Einfluß hat, duldet keine Begünstigung der Wirtschaftsbewegung.

Die große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Gesamtvertrag der neu vorgeschlagenen Verbrauchssteuern ebenso erheblich über die Schätzungssumme (etwa 3 1/4 Milliarden) hinausgehen wird, wie der Ertrag der Kohlensteuer und der Tabakabgaben viel größer ist, als die Regierung angenommen hatte. Diesen Mehretrag der Verbrauchssteuern, die ja, soweit sie Verbrauchssteuern sind, mit jedem Preisausschlag auto-

matisch wachsen, hatte der preussische Finanzminister im Auge, als er im Hauptausdruck geltend machte, der von der großen Mehrheit des Ausschusses dem Bundesrat mit dem Veranschlagungsbetrag von 1200 Millionen Mark dargebotene Betrag von 1200 Millionen Mark werde gar nicht nötig sein, um den Gehalt des Reichshaushalts für 1918 zu decken. Auch in der vertraulichen Besprechung der Finanzminister mit den Vertretern des Hauptauschusses am 14. Mai ist versichert worden, daß es der Besteuerung der gewöhnlichen Einkommen und Vermögen nicht bedürfe, um den Etat zu balancieren, der Ertrag der vorgeschlagenen Mehreinkommensteuer werde dazu ausreichen.

Auch wenn das Material, das zur Begründung dieser Behauptung in Aussicht gestellt worden ist, Beweiskraft befehle, würde die Stellung der Parteien und auch der Regierung vor den leidenden Volksmassen keine günstigere. Oder kann irgendjemand im Ernst daran glauben, daß die Massenverbrauchssteuern leichter ertragen werden, wenn man die Schwere belastet auf die hohen Erträge derselben hinweist, die eine scharfe Erlassung des Vermögens entbehrlieh erscheinen lassen? Je größer der Ertrag der Verbrauchssteuern, desto größer natürlich die Last, die der einzelne Verbraucher zu tragen hat. In der Zeit der Proteinmangel ist es für den hungernden Arbeiter, Beamten und Handwerker ein schwacher Trost, daß z. B. die Umsatzsteuer, die ihm das Brot noch verteuert, große Einnahmen bringt, vielmehr wird der große Ertrag der Verbrauchssteuern dem unter Nahrungsmangel und hohen Preisen leidenden Verbraucher erst recht zum Bewußtsein bringen, wie vortrefflich die Verdienenden es selbst im Interesse verstehen, sich von ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staate zu drücken.

Aber selbst wenn die Sachlage der Finanzminister in ihrem Sinne richtig sein sollten, so bleiben sie doch falsch. Das Reichsfinanzamt würde, um die laufenden Ausgaben für das Jahr 1918 in ihrem vollen Betrag aufzubringen, nicht nur den Gehalt des Reichshaushalts von 2875 Millionen Mark (wovon die sämtlichen neu vorgeschlagenen Steuern in diesem Jahre bestenfalls 1000 Millionen bringen werden) zu decken, sondern darüber hinaus noch etwa fünf Milliarden Mark laufende Einnahmen zu beschaffen haben. Der ordentliche Reichsetat umfaßt bekanntlich nicht den Friedensauswand für Heer und Marine, der im Jahr 1914 sich auf etwa 1200 Millionen Mark fortwährend und 600 Millionen Mark einmalige Ausgaben belief. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung darf man heute die fortwährenden Friedensausgaben für Heer und Marine allein auf mindestens zwei Milliarden veranschlagen. Weiter umfaßt der Reichsetat nicht die fortwährenden Ausgaben für die Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -waisen, die heute schon auf etwa drei Milliarden im Jahr zu schätzen sind. Es ist um so unverantwortlicher, die Deckung dieser dauernden Ausgaben sorglos der Zukunft zu überlassen, weil das Deutsche Reich am Ende des Krieges ohnedies in die ungeheuerlichsten finanziellen Nöte geraten wird. Trotz den großen Anleiheerfolgen wird das Reich beim Eintritt in den Frieden, also an dem Zeitpunkt, an dem das ausgedehnte Wirtschaftsleben alle Saugpumpen zur Wiederbeschaffung von Bargeld ansetzt, an dem große Kriegsanleihe summen flüssig zu machen versucht werden, mit einer schwebenden Schuld von mindestens 50 Milliarden Mark belastet sein. Die Verdrängung seiner kurzfristigen Darlehensgeber wird ihm nicht leicht fallen. Auf diesen Zeitpunkt nun auch noch die Erschließung der Quellen, aus denen künftig die fortwährenden Ausgaben für die Rüstung und für die Kriegskörper bestritten werden sollen, zu verschärfen, das ist die unsolideste Finanzpolitik, die sich denken läßt.

Da hat die englische Kriegsfinanzpolitik doch ganz anders vorgeföhrt. Die Kriegsausgaben Englands (und Amerika verfährt ebenso) sind in einem Maße gesteigert worden, daß nicht nur der gesamte Betrag der fortwährenden Ausgaben reiflos gedeckt wird, sondern bis jetzt noch den sehr kritischen Verrechnungen Professor Weizsacks 12,5 Prozent des ganzen Kriegsauswands sofort bezahlt werden konnten. Das hat England zustande gebracht nicht in erster Linie durch Mehrbelastung von Verbrauch und Verkehr, sondern durch eine rücksichtslose Erlassung des Festes. Verglichen mit dem Vorschlag für 1913/14 stellt sich der neue englische Vorschlag für das Friedensjahr 1918/19 wie folgt:

|                                  | 1913/14                   |                   | 1918/19                   |                   |
|----------------------------------|---------------------------|-------------------|---------------------------|-------------------|
|                                  | Millionen der Gesamt-Mark | Prozent einkünfte | Millionen der Gesamt-Mark | Prozent einkünfte |
| 1. Zölle                         | 708                       | 17,8              | 1590                      | 11,2              |
| 2. Indirekte Steuern             | 792                       | 20,6              | 1094                      | 8,1               |
| 3. und 2. zusammen               | 1500                      | 67,9              | 2684                      | 17,5              |
| 4. Grundsteuer                   | 548                       | 18,8              | 690                       | 5,8               |
| 5. Vermögens- u. Einkommensteuer | 944                       | 29,9              | 5908                      | 34,5              |
| 6. Erbschaftsteuer               | —                         | —                 | 6000                      | 35,4              |
| 7. u. 4. u. 5. zusammen          | 1492                      | 87,7              | 12459                     | 79,9              |
| 8. Sonstige Einnahmen            | 908                       | 24,4              | 1448                      | 8,5               |
| Insgesamt 8900                   | 100,0                     | 16940             | 100,0                     |                   |

Deutschland nimmt für drei Jahre zusammen an Kriegseinkommen 5,7 Milliarden Mark ein, England im Jahre 1918 allein 6 Milliarden. Deutschland hat für unmittelbare Kriegszwecke noch keinen Pfennig Einkommens- und Vermögenssteuer erhoben, England hat seine Einnahme aus dieser Quelle allein um 4864 Millionen erhöht, d. h. vervielfacht. England hat trotz Fortdauer seiner Einkommens- und Erbschaftsteuer vieler Fälle, die in Deutschland infolge der Zerschlagung ganz verfehrt sind, seine Verbrauchsausgaben nur um 1446 Millionen Mark erhöht, Deutschland wird nach Annahme der neuen Vorschläge jährlich rund 4000 Millionen Verbrauchsausgaben mehr erheben als vor dem Krieg. In England ist der Anteil der Verbrauchssteuern an der Gesamteinnahme von 37,7 auf 73,9 Prozent gestiegen, der Anteil der Verbrauchssteuern von 37,9 auf 17,5 Prozent gesunken, in Deutschland ist umgekehrt der Anteil der Verbrauchssteuern gestiegen, der der Verbrauchssteuern gesunken.

An diesen Tatsachen wird der Reichstag nicht achtlos vorbeigehen dürfen, wenn er über die Anträge auf Erhebung eines neuen Wehrbeitrags und Verhängung der Verbrauchssteuern zu entscheiden hat. Er wird es zumal nicht dürfen in der Zeit der Kürzung der Protrationen!

Storopadskis Beruhigungsversuche.

Dem ukrainischen Pressbureau in Berlin wird aus Kiew gemeldet: Die ukrainischen Parteien haben ein gemeinsames

Zentralkomitee geschaffen, um in der ukrainischen Volksbewegung zu hohem Gewicht zu gelangen. Dieses Komitee ist zusammengesetzt aus Vertretern aller größeren Parteien und hat ein Memorandum ausgearbeitet, welches dem Petman überreicht worden ist. Der Petman erklärte, daß er das Memorandum mit großer Aufmerksamkeit prüfen werde und bereit sei, einzelne Mitglieder des Komitees durch geeignete ukrainische Persönlichkeiten zu ersetzen, jedoch zur Zeit eine Entlassung des ganzen Komitees, wie das Memorandum dieses empfiehlt, nicht für angebracht halte. Der Petman denkt also nicht daran, sich auf eine Koalitionregierung einzulassen, die als eine Bürgerliste angesehen werden würde, daß seine Versprechungen nicht bloß Worte sein werden. Er will das Übergewicht der agrarisch-industriellen Elemente beibehalten.

Ueber die Haltung der verschiedenen sozialistischen Parteigruppen der Ukraine berichtet das genannte Pressbureau wie folgt:

„Ich noch der Staatsumwälzung und Einberufung des Petmans trat ein Augenblick der inneren Spannung in der Ukraine ein, der bezeichnend ist durch vorföhliche Jurisdiktion der sozialistischen Parteien. Dieser Zustand kann heute als überwunden angesehen werden. Die sozialistischen Parteien der Ukraine, die bisher in hervorragender Weise an der Selbständigkeitsbewegung des jungen Staates beteiligt waren, sind sich darüber klar geworden, daß die bisherige Politik der Revolutionäre keine Erfolge aufzuweisen hatte. Sie haben sich entschlossen, mit den jetzigen Verhältnissen zu rechnen, die gegenwärtige Lage anzuerkennen und der Regierung des Petmans Störpfeile keine Opposition zu machen. In die Partei der Sozialisten-Revolutionäre hat sich bereits durch einige ihrer Mitglieder im Komitee des Petman, denen Petman vorziehen lassen, und die Sozialisten nehmen nicht an der Regierung teil. Die stärkste Partei, die der Sozialdemokratie, wird allerdings zunächst nicht direkt in die Regierung einziehen; ihre hervorstechendsten Mitglieder jedoch, wie zum Beispiel Schtschomow, Koroch und andere haben sich bereit erklärt, unter den jetzigen Verhältnissen an der gewaltigen Arbeit der Reorganisation des ukrainischen Staates teilzunehmen.“

erner wird mitgeteilt, daß der Sozialist Alexander Schulin, seinerzeit Minister des Innern im Kabinett Petmans, zum Ministerialrat im Kabinett des Petman ernannt wurde. Mit Schulin tritt die dritte hervorstechende Persönlichkeit der ukrainischen Sozialisten-Revolutionäre in die Regierung des Petmans ein: Doroschew als Vizepräsident des Kabinetts, Schulin als Vorsitzender der Friedensdelegation in Kiew und nunmehr Schulin.

Die russisch-ukrainischen Verhandlungen.

mit. Kiew, 1. Juni.

An der gestrigen Sitzung der Friedenskonferenz schloß sich an das Protokoll über den Vollmachtsaustausch eine ausdehnende Aussprache an. Malomski sah in dem ukrainischen Text, der ausging von dem ukrainischen Staat und der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik als selbständigen und unabhängigen Staaten spricht, die sich augenblicklich miteinander im Kriegszustand befinden und beiderseits den Wunsch ausdrücken Frieden zu schließen, eine Verzichtserklärung in Fragen, die nach dem Gegenstand von Verhandlungen zu bilden haben. Die Verhandlungen zwischen beiden Parteien sollen im Herbst umzusetzen erst festgelegt werden. Die Ukraine habe als Staat keine vollständigsten juristischen Rechte und sei von der Sowjetrepublik als solcher noch nicht anerkannt. Die Sowjetregierung sei der Rechtsnachfolger des ehemaligen russischen Reiches, und nur mit ihrem Einverständnis dürften formell einzelne Staatsgebiete der Träger internationaler Rechte aufrufen, sachlich aber erkenne die Sowjetregierung das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine an. Die Ausarbeitung des Protokolltextes wurde einer gemischten Kommission überwiesen. Weiter die Demarkationslinie nach keine Einigung erzielt. Die sonstigen Punkte der Verhandlungsprotokolle werden in den heute beginnenden nächsten Sitzungen vorbesprochen.

Rußland und die Alliierten.

mit. Moskau, 28. Mai (verspätet).

Die Alliierten bespricht in einem Aufsatz unter der Überschrift 'Die Alliierten und Rußland' ein Telegramm der Associated Press über ein Anerbieten, Rußland wirtschaftlichen und militärischen Beistand im Falle eines Krieges mit Deutschland zu leisten und schreibt: Das Telegramm der Associated Press schlägt vor, die Macht der Sowjets anzuerkennen. Wenn diese die geteilte Hilfe der Alliierten annehmen, die in erster Linie auf die japanischen und chinesischen Truppen gerichtet würde, Rußland würde militärische Hilfe nötig haben, wenn es sich im Kriegszustand mit Deutschland befände. In dessen Fall Rußland unterstellt freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland trotz seinen erdrückenden Friedensbedingungen und hat zur Zeit nicht zum mindesten den Wunsch, sich in ein neues Kriegszustand zu versetzen. Eine andere Frage ist es, ob die Alliierten Rußland im Osten es in den Abgrund eines Krieges mit Rußland stürzen wird. Wenn die russische Regierung erklärt, daß im Falle einer neuen Offensive der Deutschen Rußland ein weiteres Hilfe annehmen wird, so ist das offenbar nicht das selbe, wie ein Anerbieten um Hilfe, um eine deutsche Offensive zu unterstützen. Einziglich der japanischen Hilfe sprechen die Worte der Sowjets zu wiederholten Malen ihr Mißtrauen in die Alliierten über diese Hilfe aus.

mit. Moskau, 1. Juni.

Komosa Schin schreibt, daß die Forderung aus diplomatischen Kreisen über ein neues Abkommen zwischen Japan und China ein gemeinsames Vorgehen gegen Deutschland auf russischen als ein Versuch gewisser Kreise in London und Washington, die Aufmerksamkeit im fernem Osten zu lenken. Das Abkommen werde in Moskau als Bedrohung Rußlands angesehen.

Der U-Bootskrieg.

Berlin, 2. Juni. Nach Meldungen auf See durch unsere U-Boote im Mittelmeer verfenkt Schiffsraum 20 000 Netto-Register-Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Großer amerikanischer Transportdampfer verfenkt.

Washington, 1. Juni. (Reuter.) Admiral Sims meldet, daß heute früh der amerikanische Transportdampfer 'Pratt' im Golf von Mexiko (18 000 Br.-Reg.-Ton.) auf der Küste von Vereinigten Staaten verfenkt und verfenkt wurde. Einzelheiten liegen nicht vor.